

## Medienmitteilung

Thema	Wohnstrategie der Stadt Bern
Für Rückfragen	Melanie Mettler, Fraktionspräsidentin glp Stadt Bern; 079 312 25 21, <a href="mailto:melanie.mettler@grunliberale.ch">melanie.mettler@grunliberale.ch</a> Gabriela Blatter, Präsidentin glp Stadt Bern; 078 623 27 42, <a href="mailto:gabriela.blatter@grunliberale.ch">gabriela.blatter@grunliberale.ch</a>
Absender	Grünliberale Partei Stadt Bern, 3000 Bern <a href="mailto:bern@grunliberale.ch">bern@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.bern.grunliberale.ch">www.bern.grunliberale.ch</a>
Datum	2. April 2019

### Wohnstrategie der Stadt Bern schießt übers Ziel hinaus

**Die Grünliberalen (glp) der Stadt Bern kritisieren die Haltung des Gemeinderates, dass die Stadt Bern ihre Rolle als Wohneigentümerin und Bauherrin ausbauen will und so den Eigenheimerwerb für mittelständische Familien erschwert. Stattdessen sollte die Stadt finanzielle und planerische Anreize für Investierende setzen um verdichteten und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Zudem sollen GÜWR-Wohnungen nur durch GÜWR Berechtigte belegt sein.**

#### Die Stadt als Immobilienkäuferin und Bauherrin

Wir Grünliberalen haben kein Verständnis dafür, dass die Stadt als Bauherrin und Käuferin in einem überhitzten Markt ihren Besitz von Privatwohnungen erweitern will. Gerade im umkämpften günstigen und mittleren Segment konkurrenziert sie so direkt investitionswillige Bernerinnen und Berner und erschwert den preiswerten Eigenheimerwerb für mittelständische Familien. Stattdessen sollte die Stadt finanzielle Anreizsysteme schaffen, die nicht-gemeinnützige Eigentümerinnen und Eigentümer und gemeinnützige Trägerschaften dazu bewegt, verdichteter zu bauen, eine höhere Personendichte in der Stadt zu ermöglichen und stadtverträgliche Lebensräume zu schaffen.

Die glp hat mehrfach verschiedene Vorschläge für Verdichtungsmassnahmen eingebracht, die zu einer baulichen Verdichtung und zu einer Erhöhung der Personendichte im Siedlungsraum der Stadt Bern führen. Leider sind jegliche unserer Vorschläge für finanzielle und planerische Anreizsysteme, wie beispielsweise die Reduktion der Mehrwertabgabe bei einer höheren Anzahl abschliessbarer Zimmer nicht aufgenommen worden. Die aktuelle Mehrheit im Stadt- und im Gemeinderat lehnt finanzielle und planerische Anreizsysteme für verdichteten und bezahlbaren Wohnbau auch durch nicht-gemeinnützige Akteure ab.

Gerade aber wenn es um die Bebauung der raren Flächen in städtischem Besitz geht, fordern die Grünliberalen, dass die Stadt nicht selbst als Bauherrin auftreten soll, sondern für jedes Baufeld ein klarer Leistungskatalog für Investierende erstellt werden soll. Der Baurechtszins soll dann entsprechend gesetzt werden, je nachdem wie gut der Leistungskatalog mit einem Bauprojekt erfüllt wird. Unabhängig der Besitzform wird somit der Baurechtszins für die Investierenden tiefer, je höher die Leistung für die Stadtbewohnerinnen und -bewohner ist.

Zudem ist die Grünliberale Partei Stadt Bern der klaren Überzeugung, dass GÜWR-Wohnungen nur durch GÜWR-Berechtigte bewohnt sein sollten. Die Solidarität unter den Bewohner\*innen der Stadt Bern ist richtig und wichtig, insbesondere für die Bedürftigsten in unserer Stadt. Wir fordern deshalb, dass die Stadt Bern, unter Berücksichtigung einer Härtefallregelung, sicherstellt, dass Nicht-GÜWR-Berechtigte mit entsprechend verträglicher Vorlaufzeit (z.B. 1-2 Jahre) die Wohnungen verlassen und für GÜWR-Berechtigte freigeben.